

# IV. FÜR EINE LEBENDIGE DEBATTE

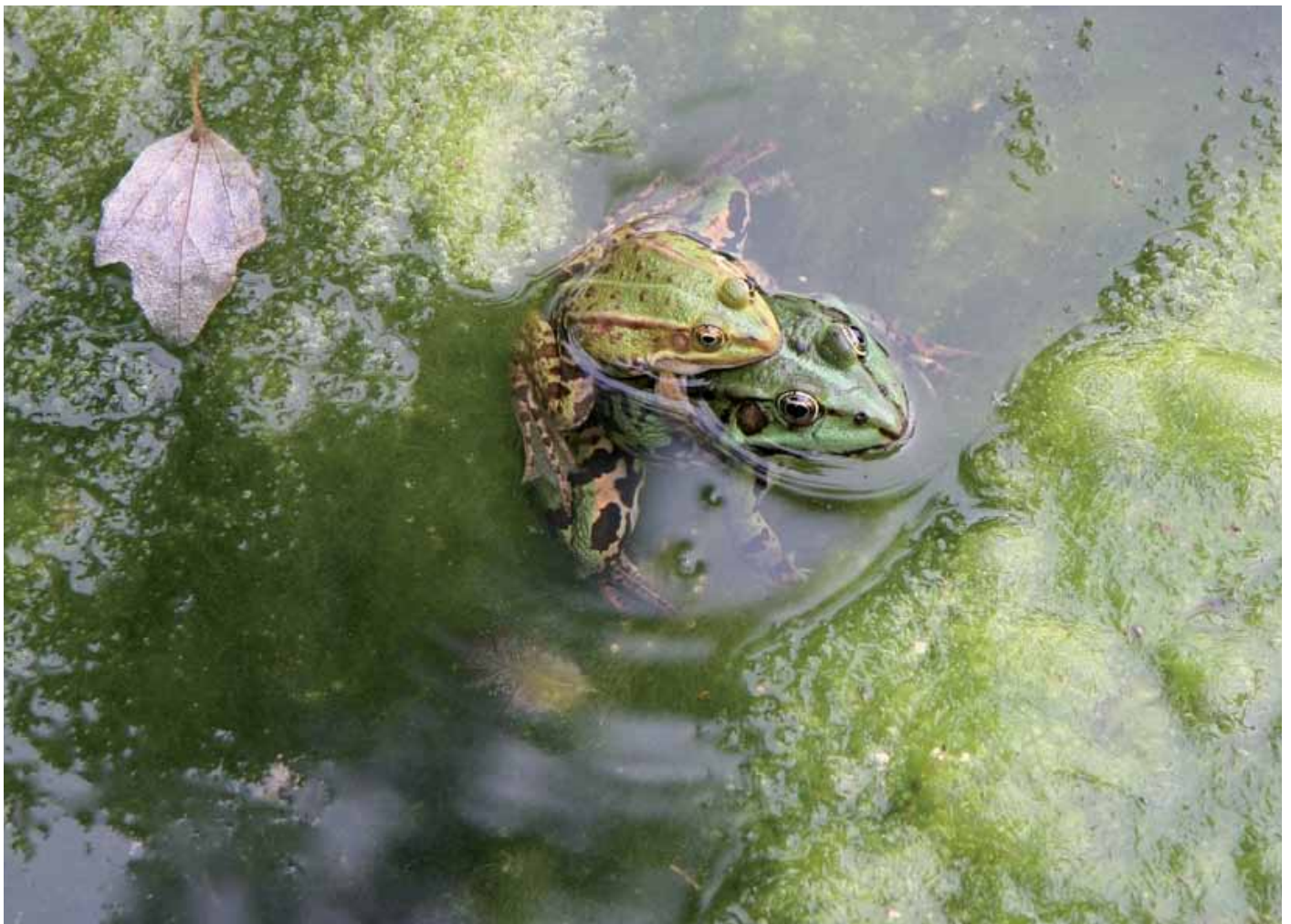
**D**er von uns skizzierte sozial-ökologische Umbau ist ein Projekt der kleinen Schritte und der großen Veränderungen. Vieles ist umgehend zu verwirklichen, wenn gesellschaftlicher Druck den politischen Willen befördert. Oder wenn Bürgerinitiativen, Kommunen, Unternehmen oder Genossenschaften selbst in die Hand nehmen, was sie im Sinne einer sozialen und ökologischen Zukunft für richtig halten. So sind bereits tausende Initiativen entstanden, die in eigener Regie saubere Energie erzeugen oder »Mobilität für alle« statt »Freie Fahrt für den Autoverkehr« zum Leitmotiv für Verkehrspolitik machen. Beschäftigte wehren sich gegen prekäre Arbeitsverhältnisse. In Dörfern entwickeln Einwohnerinnen und Einwohner Dorfpläne für Teilhabe an Wirtschaft, Bildung und Gesellschaft. Menschen engagieren sich gegen Armut und für Selbstbestimmung.

Diesen »Umbau von unten« gibt es also längst. Aber vieles geht schneller und mit größerer gesellschaftlicher Wucht, wenn die Politik – statt zu bremsen und zu lähmen – den Umbau aktiv befördert. Deshalb plädieren wir für einen ge-

staltenden Staat, der die Rahmenbedingungen für den sozial-ökologischen Umbau und für eine massive Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft setzt.

Es geht künftig nicht allein um »grünen« Strom, es geht um eine ökologische Volkswirtschaft. Das schließt den sozial-ökologischen Umbau von Produktion und Dienstleistung, Landwirtschaft und Verkehr ein und erfordert eine nachhaltige Lebensweise. Die Bewältigung dieser Aufgabe erscheint nur dann auf dem Radarschirm der Vorstellungskraft, wenn Millionen Menschen aktiv, gestaltend und im eigenen Interesse sich diesen Zielen widmen. Sie werden dies nur tun, wenn ökologisch produzieren und konsumieren keine Bedrohung, sondern ein Gewinn für das eigene Leben ist. Und dies ist eben nur möglich, wenn der Umbau unter der Maxime von sozialer Gerechtigkeit organisiert wird.

Mit dem alten Denken, das im grünen Gewand Ungleichheit, Herrschaft und Ohnmacht voraussetzt, wird der Aufbruch zum Umbau nicht möglich. Aus ökologischer Perspektive wird deutlich, dass Gleichheit nicht nur ethi-



scher Grundsatz ist. Sie ist schlicht aus praktischen Gründen wichtig. Denn »Gleiches Recht für alle« (gleiches Recht auf Naturnutzung, gleiche Pflicht zum Umweltschutz) ist die beste Maxime. Diese ist untrennbar verbunden mit einer gesicherten Teilhabe aller an den Grundbedürfnissen menschlichen Lebens und an guter Arbeit, Bildung und Demokratie. Von der guten Arbeit zum guten Leben ist Ziel unseres sozial-ökologischen Umbaus. Nur dann stehen Produktion und Konsumtion in ihrer Gesamtheit auf dem Prüfstand. Nur dann sind die Veränderungen demokratisch. Und nur dann kann angesichts des notwendigen Tempos der Umbau zum ureigenen Anliegen der Mehrheit werden.

Stattdessen gehen die Bundesregierung und andere Oppositionsparteien davon aus, dass unserer Form der Arbeit, der Produktion und Verteilung trotz immenser sozialer und ökologischer Herausforderungen keiner Erneuerung bedarf. Diese Auffassung teilen wir nicht. In Anlehnung an Albert Einstein sagen wir: Probleme kann man nie mit der Wirtschaftsweise lösen, durch die sie entstanden sind. Aber was soll dann geschehen? Unsere Vorschläge verstehen wir als Diskussionsangebot. Diskutieren Sie mit, auf unseren Veranstaltungen vor Ort, und auf [www.plan-b-mitmachen.de](http://www.plan-b-mitmachen.de) [www.facebook.com/groups/planbe/](https://www.facebook.com/groups/planbe/)